

Fraktion **direkt**

38 | 22. Mai 2015

Zur Lage

EU-Kommission setzt richtige Akzente

Vorschläge zu Flüchtlingen und Digital-Union zu begrüßen



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor einigen Tagen hat sich der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Beratungen mit den Unionsabgeordneten im Europaparlament und Vertretern der EU-Kommission getroffen. Rund einmal im Jahr reisen wir zu solchen Konsultationen nach Brüssel, um aus erster Hand zu erfahren, was in der Europäischen Union geplant wird, und um unsere Standpunkte deutlich zu machen.

In der deutschen Politik wird seit jeher viel geschimpft auf Brüssel und seine angeblichen Bürokraten. Oft geschah das sicher zu Recht. Nach unseren jüngsten Gesprächen können wir aber zumindest sagen, dass die neue EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker die richtigen Akzente setzt. Es ist zu hoffen, dass das Europaparlament und die Nationalstaaten in den nächsten Monaten mitziehen werden, um die geplanten Projekte auch zu verwirklichen.

Positiv ist zum Beispiel, dass die Kommission die Frage der Verteilung der Flüchtlinge in Europa anpackt. Die Brüsseler Behörde hat vorgeschlagen, dass die Länder mit höherer wirtschaftlicher Leistungskraft entsprechend mehr Flüchtlinge aufnehmen sollten. Das geht in die richtige Richtung, weil derzeit nur einige Staaten in Europa über-

haupt Flüchtlinge aufnehmen, vor allem Schweden und Deutschland.

Insgesamt waren bislang nur zehn von 28 Ländern bereit, sich zu engagieren. Es müssen sich aber alle an der Bewältigung der Aufgabe beteiligen, was die Kommission auch vorsieht. Dass nun Staaten wie Großbritannien oder Polen die Kommissionsvorschläge abgelehnt haben, ist inakzeptabel, weil ein Europa, das sich als Wertegemeinschaft versteht, insgesamt seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen muss.

„Die europäische Cloud ist ein zentrales Zukunftsprojekt“

Zu begrüßen ist auch, dass die EU-Kommission neue Anstrengungen unternimmt, damit Europa die Chancen der digitalen Evolution besser nutzt. Unser Kommissar Günter Oettinger hat hierzu ein Papier vorgelegt. Im Kern sieht es vor, dass ein gemeinsamer Markt für digitale Angebote entsteht. Wichtiger ist allerdings noch, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Europa bei der Digitalisierung der Produktionsprozesse – Stichwort Industrie 4.0 – auf Dauer mithalten kann. Die deutsche Industrie ist hier momentan Spitze, und so sollte es auch bleiben. Es sollten unter anderem alle Anstrengungen unternommen werden, dass in Europa eine eigene Datenwolke betrieben wird, in der die Unternehmen sicher ihre Daten ablegen können. Die europäische Cloud ist ein ehrgeiziges, aber zentrales Zukunftsprojekt. Wir werden alles tun, um es zu realisieren.

Volker Kauder

Inhalt

EU-Kommission setzt richtige Akzente	1
Deutschland übernimmt Verantwortung	2
„Östliche Partnerschaft wichtiger denn je“	3
„Doping gefährdet die Gesundheit der Athleten“	4
„Auf den Lorbeeren nicht ausruhen“	5
Jüdisches Leben schützen	6
Europa vor neuen Herausforderungen	7
Strom muss bezahlbar bleiben	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Deutschland übernimmt Verantwortung

Außenpolitische Rolle hat sich verändert



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Das EU-Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Riga ist der Auftakt für eine Reihe von internationalen Konsultationen in den kommenden Wochen, bei denen zahlreiche Konflikte und Krisenherde thematisiert werden sollen. Die Ukraine-Krise beschäftigt die Staats- und Regierungschefs der EU bereits seit eineinhalb Jahren intensiv. Die Umsetzung des Minsker Abkommens ist das gemeinsame Ziel. Aus deutscher Sicht kann es nur eine diplomatische Lösung der Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland geben. Allerdings hat die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag auch noch einmal verdeutlicht, dass die Souveränität der Staaten zu akzeptieren sei. Dazu zählt auch deren Werteorientierung. Gleichzeitig, das sagte sie auch, sei die östliche Partnerschaft „kein Instrument der Erweiterungspolitik“. Die Ukraine-Krise wird auch beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau Anfang Juni eine Rolle spielen, bei dem Russland erneut fehlen wird. Weitere Themen, die in diesen Gipfelwochen die Staats- und Regierungschefs beschäftigen, liegen auf dem Tisch: Griechenland, die Entwicklungs- und Gesundheitspolitik in Afrika, der Klimaschutz und die Frauenrechte.

Bei all diesen Punkten auf den verschiedenen Gipfeln wird eines immer deutlicher: Deutschlands außenpolitische Rolle hat sich in den vergangenen gut zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Vor der Wiedervereinigung war Deutschland ein wirtschaftliches Schwergewicht, aber politisch sehr zurückhaltend. Deutschland war immer ein verlässlicher und angesehener Partner in der Welt, hat aber nach dem Ende des Kalten Krieges in der Außenpolitik massiv an Bedeutung gewonnen.

*„Mehr Engagement
bedeutet nicht mehr
Militarisierung“*

Und das liegt vor allem auch an unserer Bundeskanzlerin, die nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzkrise innerhalb der Europäischen Union mit Standfestigkeit und Durchsetzungskraft im Sinne der gemeinsamen Ziele die Partner überzeugt hat. Angela Merkel hat in der Ukraine-Krise eine führende Rolle als Vermittlerin zwischen dem russischen Präsidenten und der Ukraine übernommen und so eine Eskalation verhindert. Hier ist eine wesentliche Überzeugung der deutschen Außenpolitik nach wie vor, dass mehr Engagement nicht mehr Militarisierung der Politik bedeutet. Deutschland übernimmt Verantwortung, wird aber gerade bei militärischen Einsätzen immer darauf achten, dass diese international, beispielsweise in UN- oder NATO-Missionen, eingebettet sind. Wir engagieren uns zudem massiv in der Entwicklungspolitik, sind nach den Amerikanern und Briten mit 16,2 Milliarden US-Dollar das drittgrößte Geberland. Deutschland wird auch auf diesem Feld seinen Verpflichtungen gerecht.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

„Östliche Partnerschaft wichtiger denn je“

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin – EU-Treffen mit den östlichen Nachbarn und G7-Gipfel im Fokus

Nur eineinhalb Jahre sind vergangen, seit sich die EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren Kollegen aus den östlichen Partnerstaaten in Vilnius trafen. Doch seit November 2013 hat sich in Mittel- und Osteuropa Entscheidendes verändert: Russland hat die Krim annektiert; im Osten der Ukraine führen prorussische Separatisten einen Stellvertreterkrieg. Vor ihrem Abflug zu dem Nachfolgetreffen am Donnerstag und Freitag in Riga betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel deshalb: „Die Idee der östlichen Partnerschaft ist wichtiger denn je.“

In ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Donnerstag anlässlich einer Reihe von Gipfeltreffen machte Merkel deutlich, dass die Europäische Union Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland auf ihrem Weg zu mehr Demokratie unterstützen werde. Ziel bleibe es, die Assoziierungsabkommen mit diesen Nachbarn vollständig umzusetzen. Dafür bedürfe es einer Reihe weiterer Reformen, insbesondere beim Kampf gegen die Korruption, bei der Stärkung des Justizwesens und bei der Wirtschaftsstruktur.

Keine EU-Beitrittsvereinbarungen

Mit Blick auf eine mögliche Aufnahme dieser Staaten in die EU warnte sie allerdings vor überzogenen Hoffnungen: „Wir dürfen keine falschen Erwartungen wecken, die wir dann später nicht erfüllen können.“ Das müsse den östlichen Partnern „in aller Offenheit“ deutlich gemacht werden.

Die Bundeskanzlerin betonte, dass sich die östliche Partnerschaft der EU gegen niemanden richte, „insbesondere nicht gegen Russland“. Zwischen einer Annäherung dieser Länder an die EU und dem russischen Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit gebe es keinen Widerspruch. Die Europäische Union sei bereit, über Sorgen, etwa beim Thema Handel, mit dem Kreml zu reden. Wenn sich die



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung im Bundestag

Nachbarländer jedoch der EU annähern wollten, dann sei das deren souveräne Entscheidung. „Niemand hat das Recht, ihnen diesen selbst gewählten Weg zu verstellen“, mahnte Angela Merkel. Ein Denken in Einflussphären sei im 21. Jahrhundert nicht mehr hinnehmbar. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bekräftigte: „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf durch niemanden eingeengt und bedroht werden.“

G7-Gipfel ohne Russland

Die Entwicklung in der Ukraine ist auch der Grund, warum Russland zum Gipfel der sieben führenden Industrienationen am 6. und 7. Juni auf Schloss Elmau nicht eingeladen wurde. Merkel verteidigte den Ausschluss mit den Worten: „Die G7 ist eine Gemeinschaft der Werte. Dazu gehört, dass wir das Völkerrecht und die territoriale Integrität der Staaten achten.“ Die Annexion der Krim von Seiten Russlands sei damit nicht in Einklang zu bringen. Wenn Moskau seine Haltung nicht ändert, ist eine Wiederauf-

nahme Russlands in den Kreis der führenden Industrienationen für Merkel „nicht vorstellbar“.

Als Themen des G7-Gipfels nannte Merkel neben der Ukraine-Krise die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die Ausgestaltung der Entwicklungspolitik. Der G7-Gipfel sei „mehr als akute Krisendiplomatie“, sagte die CDU-Vorsitzende.

Unter anderem bezeichnete sie die Stärkung der Frauen als eine der größten Aufgaben aller Staaten, nicht nur der Entwicklungsländer. „Wenn weltweit mehr Frauen aktiv am Wirtschaftsleben teilhaben, nutzt das allen“, sagte sie.

Ein weiteres Top-Thema des Gipfels soll die Unterstützung der Gesundheitssysteme vor allem in Entwicklungsländern sein. Die Ebola-Epidemie müsse ein „Weckruf für uns alle“ sein, erklärte Merkel. Außerdem drang sie auf rasche Fortschritte bei den Verhandlungen der EU mit den USA über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Bis Ende 2015 soll der politische Rahmen für das Abkommen festgelegt sein.

„Doping gefährdet die Gesundheit der Athleten“ Eberhard Gienger zum geplanten Anti-Doping-Gesetz – Fairness im Sport bewahren



Foto: PortraitHaus, Désirée Kaufmann

Eberhard Gienger

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalition sagt dem Doping im Sport den Kampf an. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Freitag im Bundestag in erster Lesung beraten. „Fraktion direkt“ sprach mit dem sportpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eberhardt Gienger, über die Einzelheiten des Gesetzentwurfs.

Herr Gienger, warum ist der Gesetzentwurf ein Meilenstein im Anti-Doping-Kampf?

Gienger: Erstmals werden durch das neue Gesetz die Gesundheit der Sportler, Fairness und Chancengleichheit sowie die Integrität des sportlichen Wettkampfs strafrechtlich geschützt. In der Vergangenheit haben diverse Dopingfälle die Glaubwürdigkeit des Sports schwer erschüttert. Doping im Sport gefährdet im hohen Maße die Gesundheit der Athleten und die fundamentalen Werte im Sport. Der organisierte Sport kann offensichtlich dem fortwährenden Problem Doping alleine, ohne staatliche Unterstützung, nicht Herr werden.

Was ist das Neue?

Gienger: Der Gesetzentwurf sieht eine Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten an vielen Stellen vor: Zum ersten Mal werden gezielt dopende Leistungssportler erfasst. Bisher waren hierfür der organisierte Sport bzw. die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) zuständig. Neben der Sperre und dem Ausschluss vom sportlichen Wettkampf drohen dopenden Sportlern nun auch Strafverfahren vor einem ordentlichen Gericht. Das bedeutet, dass das sogenannte „Selbstdoping“ mit dem neuen Gesetz erfasst wird.

Weiterhin werden die Straftatbestände zur Verfolgung von Hintermännern und zur Bekämpfung des Dopingmarktes erweitert, etwa um die Geldwäsche. Zudem wird der Datenaustausch zwischen Ermittlungsbehörden und der NADA verbessert. Die Sportschiedsgerichtsbarkeit wird gestärkt.

„Der organisierte Sport allein wird dem Problem nicht Herr“

Wer ist davon betroffen?

Der Gesetzentwurf bezieht sich auf Leistungssportler, nicht auf Breiten- oder Freizeitsportler. Darunter fallen Spitzensportler, die im Rahmen des organisierten Wettkampfgeschehens Mitglied eines NADA-Testpools sind und damit automatisch dem Dopingkontrollsystem unterliegen. Ferner sind Sportler betroffen, die aus der sportlichen Betätigung unmittelbar

oder mittelbar Einnahmen von erheblichem Umfang erzielen. Das schließt also auch ausländische Sportler mit ein, die in Deutschland an einem offiziellen Wettkampf teilnehmen.

Welche Strafen drohen?

Gienger: Mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe wird bestraft, wer z.B. ein Dopingmittel herstellt, mit ihm Handel betreibt, es veräußert, abgibt, in den Verkehr bringt oder verschreibt. Bei besonders schweren Fällen kann es zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren kommen. Dies ist der Fall, wenn bei Dopingpraktiken die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen gefährdet wird, die Gefahr des Todes oder einer schweren Schädigung an Körper oder Gesundheit besteht oder wenn Dopingmittel an Minderjährige abgegeben werden.

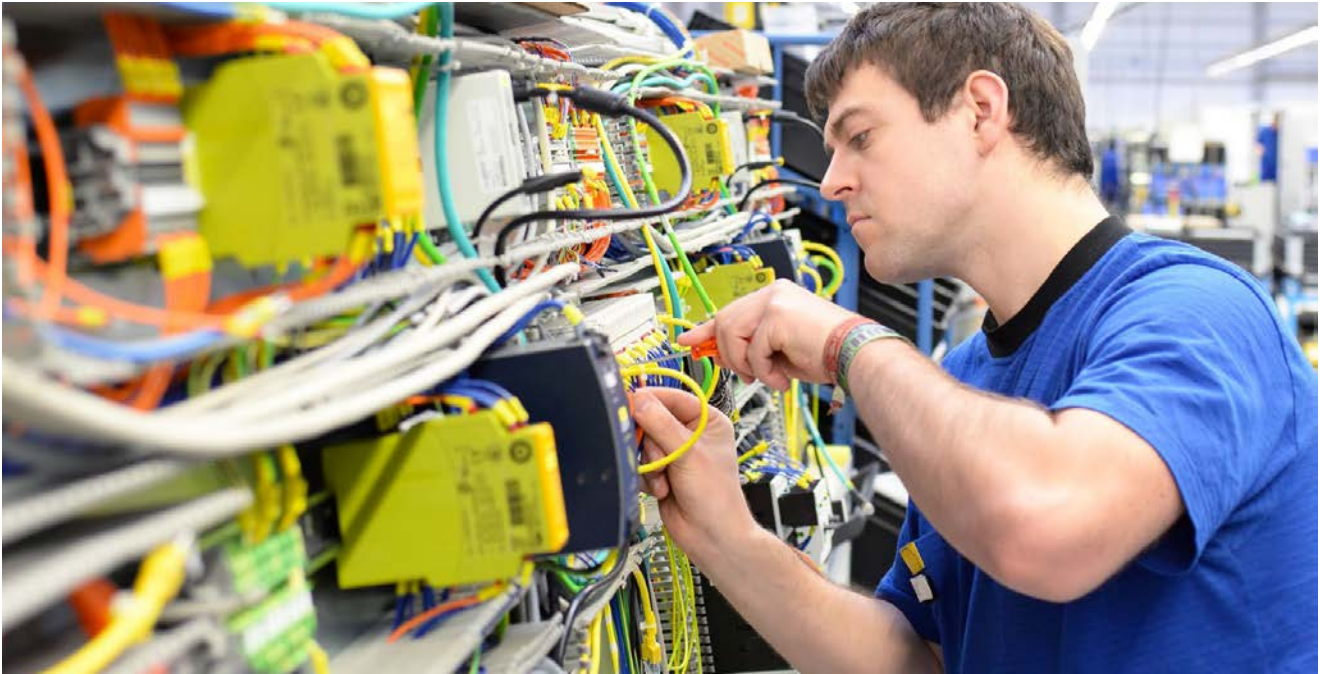
Warum ist die Rolle der Sportschiedsgerichtsbarkeit so wichtig?

Gienger: Die Sportschiedsgerichtsbarkeit bietet den Vorteil, schnelle Entscheidungen bzw. Sperren von gedopten Sportlern herbeizuführen, um die Integrität des sportlichen Wettstreits unmittelbar wiederherzustellen. Ein Strafverfahren vor einem ordentlichen Gericht dauert meist länger. In der Zwischenzeit dürften gedopte Sportler weiter an den Start gehen. Das wäre unvorstellbar und würde das Ende des fairen sportlichen Wettstreits bedeuten.

Die Sportschiedsgerichtsbarkeit kann ebenso harte Strafen verhängen: Neben den strafrechtlichen Konsequenzen müssen dopende Sportler einen Ausschluss vom sportlichen Wettbewerb befürchten. Das ist eine harte Strafe, wenn man bedenkt, dass der Sport die wirtschaftliche Lebensgrundlage vieler Berufssportler darstellt.

„Auf den Lorbeeren nicht ausruhen“

IWF hebt Wachstumsprognose für Deutschland an – Aktuelle Stunde im Bundestag – Investitionen in Infrastruktur gefordert



©industrieblick - Fotolia.com

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Wachstumsprognose für Deutschland auf 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für dieses Jahr und 1,7 Prozent für nächstes Jahr erhöht. In einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch zeigten sich Unionspolitiker über diese Entwicklung erfreut, warnten aber gleichzeitig davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Nötig seien öffentliche Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für junge innovative Unternehmen.

Der IWF hatte seine Prognose für Deutschland gegenüber der Januar-Schätzung um 0,3 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte angehoben. Die Unionspolitiker verwiesen darauf, dass Deutschland wie die anderen Euro-Staaten von dem geringen Ölpreis, den niedrigen Zinsen und dem günstigen Euro-Kurs profitiere. Die verbesserten Wachstumsaussichten seien aber auch das Ergebnis kluger Politik, betonte der CDU-Politiker Jan Metzler. Die Bundesregierung habe nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Staatsschuldenkrise ihre Hausaufgaben gemacht, fügte der CDU-Abgeordnete Klaus-

Peter Flosbach hinzu. „Diesen Erfolg dürfen wir nicht kleinreden“, sagte er.

Hausaufgaben gemacht

Auch der CSU-Finanzexperte Hans Michelbach wies darauf hin, dass Deutschland in Europa am besten durch die Krisen gekommen sei. So habe der Bund Investitionsanreize für kleine und mittelständische Unternehmen gesetzt, habe seinen Haushalt konsolidiert und auf Steuererhöhungen verzichtet. Damit habe die Bundesregierung die Vertrauensbasis für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland geschaffen. Die CDU-Politiker Ingbert Liebing und Jan Metzler hoben hervor, dass die Beschäftigung auf einem Rekordstand sei, die Arbeitslosigkeit niedrig und die Einkommenszuwächse beachtlich.

„Aber auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns nicht ausruhen“, mahnte Metzler. Entscheidend sei es, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Denn eine florierende Wirtschaft sei der Dreh- und Angelpunkt für den Wohlstand des Landes. Den Unionspolitikern zufolge müssen unter anderem die steu-

erlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen weiter verbessert werden. Die Infrastruktur müsse ausgebaut, die kalte Progression abgebaut und die energetische Gebäudesanierung gefördert werden.

Der CDU-Abgeordnete Axel Knoerig warb besonders für den Ausbau des IT-Sektors. „Daten sind die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts“, sagte er. Daher müsse man den digitalen Wandel aktiv mitgestalten. Mittelstand und Handwerk müssten stärker an elektronische Prozesse herangeführt, die digitale Kompetenz in kleineren Betrieben gefördert werden. Neben dem Breitbandausbau und der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet müsse es eine Umstrukturierung der beruflichen Bildung geben. „Wir brauchen eine Berufsschule 4.0“, sagte er.

Kritik an dem Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands wies Michelbach zurück. Die starke Leistung der deutschen Wirtschaft schaffe die Nachfrage nach den heimischen Exportgütern. Diese wirtschaftliche Stärke komme auch anderen Ländern in der Euro-Zone zugute.

Jüdisches Leben schützen

Fraktionskongress über die Situation der Juden in Deutschland

Wie gefährlich ist es, auf deutschen Straßen eine Kippa zu tragen? Was setzen Bürger, Gesellschaft und Politik Islamisten entgegen, die auf Demonstrationen „Juden ins Gas“ rufen? Auf einem Kongress der CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch diskutierten Vertreter jüdischer Verbände, Opfer von Übergriffen und Politiker über die aktuellen Gefahren für Juden in Deutschland.

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Befreiung

haben“, mahnte Jung. Er machte zugleich deutlich: Die Anfeindungen kämen nicht nur von Rechtsextremisten, sondern ebenso von muslimischen Einwanderern.

Sicherheitsbehörden schützen jüdische Einrichtungen

Von Normalität für Juden in Deutschland kann man ohnehin nicht sprechen: Synagogen und jüdische Einrichtungen müssen noch immer ge-

50 Jahre diplomatische Beziehungen zu Israel

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Volker Kauder, blickte nicht nur mit Freude auf fünfzig Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zurück. Mit Sorge beobachtet er die aktuelle Situation. „Wir dürfen nicht zulassen, dass ‚Jude‘ oder ‚Muslim‘ zu einem Schimpfwort wird.“ Antisemitismus müsse, wann immer er auftrete, klar als solcher bezeichnet werden. Und: „Wer Deutscher werden will, muss wissen, dass hierzulande das Existenzrecht Israels zur Staatsräson gehört.“

Für die starke Unterstützung von Seiten der Bundesregierung und der Unionsfraktion bedankte sich der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Josef Schuster. Das seien „Worte, die uns gut tun“, betonte er. Als Präventionsmaßnahme schlug er vor, dass jeder Jugendliche wenigstens einmal in seiner Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder ein Konzentrationslager besucht haben sollte. Hier schloss er Polizisten in Ausbildung sowie Berufssoldaten ein. Nur durch die unmittelbare Erfahrung könne eine Sensibilisierung stattfinden, sagte Schuster. Dies gelte explizit auch für Menschen, deren Familiengeschichte nicht mit dem Deutschland der 30er Jahre in Zusammenhang stehe. Denn: „Es geht um die Lehre und Erkenntnis, dass so etwas nie wieder passieren darf.“

Im Hinblick auf Antisemitismus, der durch den Nahostkonflikt hervorgerufen wird, wies der Vorsitzende des Zentralrats der Juden darauf hin, dass Kinder per Fernsehen oder Internet entsprechend indoktriniert würden. Eine Verantwortung zur Prävention sieht Schuster daher bei den muslimischen Verbänden in Deutschland. Sie sollten dafür sorgen, dass der Missbrauch des Islam für antisemitische Propaganda nicht geduldet werde.



Foto: Steven Rösler

Der Präsident des Zentralrates der Juden, Josef Schuster, beim Kongress

der Konzentrationslager leben wieder 100.000 Anhänger jüdischen Glaubens in der Bundesrepublik. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Franz Josef Jung warnte auf dem Kongress jedoch vor Sorglosigkeit: Dies dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vermehrt antisemitisch motivierte Gewalt gebe.

Diskriminierung äußert sich vielfältig: von antijüdischen Parolen auf Demonstrationen über Hassbriefe bis zu körperlicher Gewalt, wie sie im vergangenen Jahr der Rabbiner Daniel Alter in Berlin erleben musste. Diese antijüdischen Anfeindungen „dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft

schützt werden. Vor dem Hintergrund der Anschläge von Paris, Brüssel oder Toulouse sei dies mehr denn je geboten, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Die zunehmende Gewalt gegen Juden bezeichnete er als „besorgniserregend“. Noch immer seien 80 Prozent der antisemitischen Straftaten rechts motiviert. Eine nicht zu unterschätzende Quelle des Hasses auf Juden sei aber auch die salafistische Propaganda. Antijüdische Parolen, die im vergangenen Jahr auf Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg skandiert wurden, verurteilte der Innenminister.

Europa vor neuen Herausforderungen

Abgeordnete aus europäischen Schwesterparteien kommen erstmals zu interparlamentarischer Konferenz zusammen

Die Ukraine-Krise, Konflikte in Nahost und in Afrika, grenzüberschreitender islamistischer Terrorismus: Die Sicherheitslage in Europa hat sich innerhalb kurzer Zeit dramatisch verändert. Wie die Europäische Union mit den neuen Herausforderungen umgehen soll, stand im Fokus einer interparlamentarischen Konferenz, zu der die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche Parlamentarier aus den Schwesterparteien anderer EU-Staaten eingeladen hatte. Einer der Schwerpunkte war die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU.

Angesichts der Herausforderungen sei es dringend erforderlich, die Zusammenarbeit nationaler Parlamente zu intensivieren, sagte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder. Auch sein Stellvertreter Hans-Peter Friedrich machte den Wunsch der Unionsfraktion deutlich, dass die Kollegen aus den nationalen Parlamenten sich besser vernetzen sollten.

„Keine Freiheit ohne Sicherheit“

Kauder umschrieb die weitreichenden Aufgaben der EU: „Sie muss ihre Mitgliedstaaten integrieren, ihre zukünftige Struktur bestimmen und gleichzeitig die Beziehungen zu ihren Nachbarn regeln.“ Die Europäische Volkspartei (EVP) gestalte diese Prozesse schon lange aktiv mit. Doch künftig müsse die EVP auch Anregungen aus den nationalen Parlamenten mit nach Brüssel nehmen, forderte Kauder – gerade beim Thema Sicherheit. Denn die Maxime „Nie wieder Krieg“ gelte längst nicht mehr überall. Für Deutschland sei allerdings klar, dass heutige Konflikte nicht mehr mit Waffen zu lösen seien.

Friedrich nannte die europäische Idee „das wichtigste Projekt seit der Mitte des letzten Jahrhunderts“. Be-



Foto: Steven Rösler

Hans-Peter Friedrich bei der interparlamentarischen Europakonferenz

denklich sei daher, dass inzwischen so viele Abgeordnete und Parteien im Europaparlament säßen, die gegen die europäische Idee seien, wie niemals zuvor.

Um die Legitimation Europas zu stärken, forderte er eine größere Rolle für die 28 Länder-Parlamente als Vertretungen der Bürger Europas. Außerdem müssten mehr Themen im Mittelpunkt der Debatten stehen, die den Alltag der Menschen berührten. Dazu gehöre vor allem die Sicherheit Europas, „vom Baltikum bis zur Iberischen Halbinsel“. Europa müsse in der Lage sein, sich zu verteidigen, forderte Friedrich. „Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht“, unterstrich auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte.

„Ring der Instabilität“

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen machte deutlich, dass Europa heute – anders als noch vor zehn Jahren – von einem „Ring der Instabilität“ umgeben sei. Dies mache eine

gemeinsame europäische Verteidigungspolitik notwendig. Dafür müssten alle 28 Mitgliedsländer an einem Strang ziehen. Zudem müssten die Streitkräfte einzelner EU-Staaten stärker verzahnt werden. So sollten neben der bereits bestehenden deutsch-französischen Brigade gemeinsame Einsatztruppen mit den Niederlanden sowie Polen geschaffen werden. Denn „eine reine Kooperation ist zu wenig, die Unterstellung unter ein gemeinsames Kommando verbindlicher“.

Auch der Europaabgeordnete Elmar Brok (CDU) forderte eine solche Zusammenarbeit. Denn seit dem letzten Jahr wisse man, „dass konventioneller Krieg in Europa wieder geführt wird“.

Der italienische Europaabgeordnete Paolo Alli und sein französischer Kollege Pierre Lequiller, aber auch der ehemalige lettische Verteidigungs- und Außenminister Artis Pabriks wiesen warnend auf die neue, insbesondere von Russland ausgehende hybride Kriegsführung oder die Bedrohungen durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hin. Daher müssten nationale und europäische Sicherheitsetats aufgestockt und die militärindustrielle Zusammenarbeit intensiviert werden.

Strom muss bezahlbar bleiben

Energiapolitische Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor Deutschland liegen weitreichende Entscheidungen zur Zukunft der Energiewirtschaft. Im Jahr 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Der Anteil erneuerbarer Energien wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Nur wenn die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden und alle Bundesländer an einem Strang ziehen, kann das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit erreicht und die Energiewende zum Erfolg gebracht werden. Aus diesem Anlass diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern aus den Ländern über die aktuellen Vorhaben zur Gestaltung des Strommarktes und zum Netzausbau.

An der Veranstaltung, zu der der Energiebeauftragte der Unionsfraktion, Thomas Bareiß, eingeladen hatte, nahmen Kanzleramtschef Peter Altmaier, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs, der wirtschaftspolitische Sprecher Joachim Pfeiffer sowie die energiepolitischen Sprecher der CDU aus den Landtagen teil. Impulse lieferten der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunalen Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Energieversorgers RWE, Rolf Martin Schmitz, und die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Hildegard Müller.

Bis zum Jahr 2025 sollen die erneuerbaren Energien, deren Anteil am Strommarkt schon jetzt rund 25 Prozent beträgt, auf 40 bis 45 Prozent ausgebaut werden. Die Erzeugungsstruktur ändert sich. Konventionelle Kraftwerke müssen vorgehalten werden, um die schwankende Erzeugung regenerativer Energien auszugleichen. Der im Norden Deutschlands produzierte Strom aus Wind und Sonne muss nicht zuletzt zu den Verbrauchsschwerpunkten im Westen und Süden transportiert werden.

Fuchs betonte, dass die von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorge-



Peter Altmaier und Thomas Bareiß bei der energiepolitischen Tagung der Unionsfraktion

Foto: Sebastian Schelble

schlagene Klimaabgabe auf alte Kohlekraftwerke aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der falsche Weg sei, das Klimaschutzziel zu erreichen. Sie würde zu massiven Belastungen für ganze Industriezweige, zu höheren Strompreisen und einer Bedrohung für zehntausende Arbeitsplätze führen. Bareiß unterstrich: „Im Grundsatz muss gelten: ein Ziel – ein Instrument. Das Instrument zur Minderung der CO₂-Emissionen im Strommarkt ist der europäische Emissionshandel.“ Nationale Zusatzinstrumente seien kontraproduktiv. „Wir sollten vielmehr Anstrengungen in anderen Sektoren außerhalb des Stromsektors stärken.“ Die aktuelle Diskussion konzentrierte sich zu sehr auf den Strombereich und berücksichtigte unzureichend den Wärme- und Gebäudebereich.

„Netzausbau wichtige Säule“

Pfeiffer ergänzte, dass Deutschland auch künftig einen ausgewogenen Mix der Energieträger Erdgas, Steinkohle und Braunkohle brauche. Aber

auch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) solle weiter ausgebaut werden. An ihr komme man nicht vorbei, wenn man das Ziel einer kosteneffizienten CO₂-Einsparung ernst nehmen wolle. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, nannte den Netzausbau eine wichtige Säule der Energiewende.

Die energiepolitischen Sprecher der CDU aus den Ländern betonten, gerade weil es in den Bundesländern unterschiedliche Interessen gebe, sei es umso wichtiger, dass die CDU geschlossen das Ziel der nachhaltigen, wachstumsfördernden und zukunftsweisenden Energieversorgung vorantreibe. Die Energiewende müsse die Handschrift der CDU tragen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Energieproduzenten und die Sicherstellung der Stromversorgung seien für alle Verbraucher, insbesondere die Wirtschaft, elementar.

Was den geplanten Strommarkt angeht, so erläuterte der Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, die kritischen Punkte des aktuellen Vorhabens. Altmaier betonte, dass zeitnah die richtigen Weichen gestellt würden, um verlässliche Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre zu schaffen.

Exporte nach Russland stark rückläufig

Auch Importe sanken

Die deutschen Exporte in die Russische Föderation sind im Jahre 2014 um 18 Prozent auf 29 Milliarden Euro zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, sanken im gleichen Zeitraum die Importe aus Russland um sieben Prozent auf 38 Milliarden Euro. Damit wurde die Expansion des deutschen Außenhandels mit Russland weiter gebremst.

Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2012 waren die deutschen Exporte nach Russland – bis auf das Krisenjahr 2009 – stärker als die gesamtdeutschen Exporte gestiegen. Bereits im Jahr 2013 hatte es einen Rückgang der deutschen Exporte in die Russische Föderation (minus sechs Prozent) gegeben. Zweifelsohne ist der starke Rückgang 2014 auf die EU-Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim zurückzuführen.

Die längerfristige Betrachtung der deutschen Exporte nach Russland zeigt laut Statistischem Bundesamt gleichwohl, dass die Exporte sich im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2000 vervierfacht haben. Unter den wichtigen Exportländern Deutschlands wies nur die Volksrepublik China höhere Steigerungsraten auf. So haben sich die deutschen Exporte nach China im Vergleich zu 2000 fast verachtfacht. Die deutschen Exporte in alle Länder erreichten im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 90 Prozent.

Im Jahr 2014 wies Deutschland den bisher höchsten Importüberschuss im Handel mit Russland auf, wie das Amt in Wiesbaden mitteilte: Es wurden für neun Milliarden Euro mehr



Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 8. Juni 2015 Kongress Breitbandausbau
- 10. Juni 2015 Kongress Russland und die Ukraine
- 15. Juni 2015 Kongress Bildung 2.0
- 16. Juni 2015 Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion
- 17. Juni 2015 Fachgespräch Verbraucherschutz
- 30. Juni 2015 PKM-Sommerfest

Waren aus Russland importiert als dorthin exportiert. Die Russische Föderation gehört damit zu den wenigen Ländern, für die kein deutscher Exportüberschuss erwirtschaftet wurde. Nur für die Niederlande (15 Milliarden Euro) und Norwegen (elf Milliarden Euro) wurden im Jahr 2014 höhere Einfuhrüberschüsse ermittelt.

Die Russische Föderation ist Deutschlands wichtigster Energielieferant. 31 Prozent der wertmäßigen Importe von Erdöl und Erdgas kamen laut Destatis im Jahr 2014 aus Russland. Vier Fünftel der deutschen Ein-

fuhren aus Russland sind der Energieversorgung zuzurechnen. Die Rohöl- und Erdgaslieferungen (66 Prozent der Importe) und Lieferungen von Kokerei- und Mineralölerzeugnissen (16 Prozent) dominierten im Jahr 2014 die deutschen Importe aus Russland.

Die typischen deutschen Exportschlager waren auch in Russland gefragt: Maschinen machten 23 Prozent der deutschen Ausfuhren nach Russland aus, Kraftwagen und Teile 18 Prozent, chemische Erzeugnisse zehn Prozent.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/ffd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt